

## **Evangelische Friedensethik im Konflikt. Was ist die Aufgabe der Kirche angesichts des Krieges.**

### **I. Die Forderung einer Revision der evangelischen Friedensethik**

1. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat zu einer kritischen Auseinandersetzung über die Positionierung der evangelischen Friedensethik geführt. Kritiker wie der Ethiker Michael Haspel (DLF: Tag für Tag - Interview) bekunden das Scheitern der auf der Friedenslogik beruhenden pazifistischen Position evangelischer Friedensethik. Sie verweisen auf das in der Charta der UN festgelegte Selbstverteidigungsrecht im Angriffsfall und die Rechtfertigung des Einsatzes von militärischer Gewalt bei Völkermord. Kritiker wie Landesbischof Manzke von der lutherischen Kirche Schaumburg-Lippe meinen, das friedensethische Leitbild des „gerechten Friedens“ werde „unterlaufen durch den Einfall des Bösen und die schändliche Übergriffigkeit“ vonseiten Russlands (evangelisch.de verifiziert 25.08.2022). Die Bindung der evangelischen Friedensethik in der Friedensdenkschrift der EKD von 2007 an das Völkerrecht wird infrage gestellt. „Sie hält aber dem Einfall des Bösen, wie wir es seit dem 24. Februar erneut erleben, nicht stand“ (Ebd.). Kritisiert wird auch von der EKD-Ratsvorsitzenden Kurschus, dass im Völkerrecht eine Instanz fehle, „die die verbindliche Auslegung feststelle und vor allem auch durchsetzen“ (epd 07.06.2022 [evangelisch.de](http://evangelisch.de) verifiziert 25.08.2022 könne. BefürworterInnen einer friedenslogischen Position des Gewaltverzichts verweisen auf die nachgewiesene größere Effizienz gewaltfreien Widerstands und gewaltfreier Konfliktlösungen bei gewaltsamen zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Konflikten.
2. Die friedenslogische Position beeinflusste auch die Entscheidung der Landessynode von 2013, Schritte auf dem Weg zu einer Kirche des gerechten Friedens zu tun, aus der auch das Konzept „Sicherheit neu denken“ hervorgegangen ist. Das Diskussionspapier mit dem Titel „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens (Lk. 1,79) Ein Diskussionsbeitrag aus der Evangelische Landeskirche in Baden“ ist das Ergebnis eines langen Konsultationsprozesses innerhalb der Landeskirche und wurde 2013 von der Landessynode beschlossen und 2016 aufgrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage u.a. durch die völkerrechtswidrige Annexion der Krim aktualisiert. Das Ziel der durch das Papier angestossenen Diskussion ist es, so die Synodalpräsidentin Margit Fleckenstein 2013: „dass die Christen in der Bundesrepublik, ja in ganz Europa immer mehr zu einer Kirche des Friedens werden, in der die Option des Einsatzes von Gewalt zur Konfliktlösung durch gewaltfreie Lösungspotentiale ersetzt werden kann“.
3. Kritiker, allen voran Professor Strohm aus Heidelberg, prangern an, dass hier „zentrale Einsichten evangelischer Theologie in Vergessenheit geraten sind“ ([www.ekiba.de/Friedensethik/strohm](http://www.ekiba.de/Friedensethik/strohm) 25.08.2022). Verwiesen wird auf These 5. der Barmer theologischen Erklärung, die besagt, dass „Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat in der noch nicht erlösten Welt....unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen“. Strohm meint, dass diese „Grundentscheidung...anscheinend in Teilen der Badischen Landeskirche verloren zu gehen droht“. Verwiesen wird auch auf Artikel 16 des Augsburgischen Bekenntnisses, wo gesagt wird, dass Christen im Rahmen der Obrigkeit „ohne Sünde ...rechtmässig Kriege führen (und) in ihnen mitstreiten“ können. Gefordert wird eine Revision der evangelischen Friedensethik, welche die militärische Option der rechtserhaltenden Gewalt stärker macht oder gleichwertig zur Option für Gewaltfreiheit behandelt. Begründet wird dies mit dem Vorwurf, sowohl die EKD-

Denkschrift von 2007, die Verdeutlichung der vordringlichen Option für Gewaltfreiheit in der Kundgebung der EKD—Synode von 2019, als auch das Diskussionspapier der Badischen Landeskirche von 2013/2016 seien radikalpazifistisch und wirklichkeitsfremd. Die EKD-Ratsvorsitzende Kurschus ist dem Vorwurf des Radikalpazifismus entgegen getreten: „ Sie könne einen Krieg grundsätzlich nicht gutheißen, auch keinen Verteidigungskrieg, auch keine Waffenlieferungen.“ ([evangelisch.de](http://evangelisch.de) 25.08.2022 epd. 07.06.2022) „Ich kann sie allenfalls als unvermeidlich anerkennen, als geringeres Übel für vertretbar halten. Es ist geboten, der Sünde in Form von brutaler Gewalt und verbrecherischem Unrecht entgegenzutreten“, „das Recht des Einzelnen auf ein Leben in Freiheit und Würde zu verteidigen. Verteidigt werden müsse deshalb auch die Souveränität des Staates, der dieses Recht schützt“ (Ebd.). Im Blick auf das Diskussionspapier der Badischen Landeskirche stellt sich aber die Frage, ob die heute gängige Kritik an pazifistischen Positionen in der Kirche angemessen ist. Was dieses Papier fordert, ist eine zentrale Ausrichtung kirchlicher Friedensethik an der von Jesus in der Bergpredigt vertretenen Option für Gewaltfreiheit. Sie stärkt den gewaltfreien Widerstand. Sie entwickelt mit der Initiative „Sicherheit neu denken“ eine Perspektive für eine Zivilisierung und Humanisierung der rechtserhaltenden Gewalt in der Auseinandersetzung von Staaten. Hier geht es darum, die zivile Verteidigung auszubauen, eine Sicherheitspartnerschaft in ganz Europa anzustreben und militärische Interventionen als Polizeiaktionen unter internationaler Kontrolle neu auszurichten. Das sind sinnvolle langfristige politische und gesellschaftliche Ziele. Sie sind alles andere als naiv. Sie gehen davon aus, dass Kriege ohne Massenvernichtung nicht mehr führbar und darum zu ächten sind wie es der ökumenische Rat der Kirchen getan hat. Dagegen erscheint es als unangemessen und politisch naiv zu meinen, durch die Politik militärischer Sicherheit und Rüstung wie sie gegenwärtig und in den letzten Jahrzehnten geführt wurde, würde Sicherheit für die Völker erreicht. Im Gegenteil werden die Weichen gestellt für eine Zunahme militärischer Konfliktlösungen weltweit in der Zukunft. Als Kirche Jesu Christi können wir solche Optionen nicht befürworten.

4. Das zentrale Dilemma evangelischer Friedensethik in dieser Situation ist die Frage, ob der Einsatz militärischer Gewalt zur Abwehr der russischen Aggression moralisch gerechtfertigt ist. Daraus leitet sich als zweites Dilemma ab, ob es moralisch gerechtfertigt ist und wenn ja, in welcher Form, den Abwehrkampf der Ukraine durch ausländische Regierungen zu unterstützen. Als drittes Dilemma stellt sich das Problem für die Akteure der Zivilgesellschaft, insbesondere für die Kirchen, ob sie aus moralischen Gründen das militärische Handeln unterstützen oder sich auf diplomatische Friedensbemühungen und zivile Hilfe für die in Not geratenen Menschen konzentrieren.

## **II. Das Konzept des gerechten Friedens.**

5. Das Leitmotiv evangelischer Friedensethik ist das Konzept des „gerechten Friedens“. Die Friedensdenkschrift der EKD begründet den gerechten Frieden im Hinblick auf die biblische Vorstellung des Schalom, das ganzheitliche Wohlergehen, wo „Gerechtigkeit und Friede sich küssen“ (Ps. 85,11). Gerechtigkeit (hebr. Zedaqa) bezeichnet ein wechselseitiges Beziehungsverhältnis, in dem jedem Menschen das zukommt, was er zum Leben braucht, was Wohlergehen und Sicherheit schafft. Die biblische Verheißung beschreibt den gerechten Frieden als Werk Gottes in der Vollendung der Welt am Ende der Zeit. Christen glauben, dass Versöhnung der Welt mit Gott im Leben, Kreuzestod und der Auferweckung Jesu Christi von den Toten den Frieden Gottes gebracht hat. Es ist der Frieden ohne jede Gewalt, den Jesus bis hin zur Feindesliebe gelebt und verbreitet hat. Durch das Wirken des Heiligen Geistes im

Handeln der Christen und aller Menschen guten Willens wird Gottes gerechter Frieden immer wieder in der Geschichte verwirklicht. Menschliche Friedensschlüsse und gewaltfreies menschliches Friedenshandeln partizipieren als Entsprechungen an Gottes rechtem Frieden. Das Ethos der Friedensstifter (Mt. 5,9) gründet im Versöhnungshandeln Gottes in Christus.

6. Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Die von der Weltkirchenversammlung 1948 in Amsterdam ausgesprochene Ächtung des Krieges ist unmittelbarer Ausdruck des christlichen Ethos der Gewaltfreiheit. Krieg als Mittel der Politik ist Sünde, in der die Trennung des Menschen von Gott zum Ausdruck kommt. Christliche Friedensethik stimmt der Ächtung des Krieges in der Charta der Vereinten Nationen zu. Als einzige Ausnahme anerkennt die UN Charta (Art. 51) das Recht der Völker auf Selbstverteidigung im Angriffsfall als Notwehrrecht für den Zeitraum bis zu Maßnahmen des UN-Sicherheitsrats zur Wiederherstellung des Friedens. Ebenso werden von den Vereinten Nationen beschlossene militärische Friedensmissionen zur Intervention bei Völkermord und schwersten Menschenrechtsverletzungen als legitime Ausnahmen des Verbots kriegserischer Gewalt zugelassen.
7. Die Friedensdenkschrift der EKD (2007) akzeptiert dieses Handeln als Praxis „rechtserhaltender Gewalt“. Das Konzept der „rechtserhaltenden Gewalt“ rückt an die Stelle der „Lehre vom gerechten Krieg“. Wie diese müssen auch die Entscheidungen im Rahmen der Konzeption der rechtserhaltenden Gewalt ethischen Maßstäben genügen. Die ethischen Kriterien sind: 1. Erlaubnisgrund: schwerste Gewaltanwendung gegen Menschen; 2. Autorisierung: Gewaltanwendung nur mit Legitimation im Rahmen des Rechts; 3. Richtige Absicht: Wiederherstellung der Bedingungen gewaltfreien Zusammenlebens; 4. Äußerstes Mittel: Gewaltanwendung nur wenn alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind. 5. Verhältnismäßigkeit der Mittel: größte Aussicht auf Beendigung der Gewalt, Begrenzung von Leid und Schaden auf ein Mindestmaß; 6. Unterscheidungsprinzip: Schonung unbeteiligter Personen. Ein Problem entsteht, wenn die evangelische Kirche diese Kriterien in ihrer Urteilsbildung nicht anwendet wie es in der Vergangenheit geschehen ist.
8. Das Konzept der rechtserhaltenden Gewalt setzt die „vorrangige Option für Gewaltfreiheit“ voraus. Aus christlicher Sicht ist auch die Gewaltanwendung in diesem Rahmen schuldhaft. Wer Krieg führt oder sich an Kriegshandlungen beteiligt, lädt bewusst Schuld auf sich. Bonhoeffer hat dies in seiner Ethik im Blick auf den gewaltsamen Widerstand und auch die Entscheidung für die Beteiligung am Krieg deutlich gemacht. Nach Wolfgang Huber vertrat Bonhoeffer einen situationsbezogenen christlichen Pazifismus, keinen von der Situation abgehobenen „doktrinären Pazifismus“. Der „christliche Pazifismus“ sei bestimmt durch die vorrangige Option für Frieden ohne Gewalt und eine Absage an jeglichen Militarismus. Er schloss aber bei Bonhoeffer die individuelle Entscheidung für die Beteiligung an militärischem Handeln und am gewaltsamen Widerstand nicht aus. Huber bezeichnet dies als „Verantwortungspazifismus“ und meint, „dieser käme im Konzept des gerechten Friedens und der „rechtserhaltenden und rechtsermöglichenden Gewalt“ der EKD-Friedensdenkschrift zum Ausdruck. Er schreibt: „Die Option für gewaltfreie Mittel und das Ausschöpfen aller diplomatischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten kann uns nicht immer vor Situationen bewahren, in denen das Recht durch den Einsatz von Gewalt mit Füßen getreten wird und nichtmilitärische Mittel dagegen nicht mehr zur Verfügung stehen“ (Wolfgang Huber, Du sollst nicht töten - Bonhoeffers Friedensethik heute, S. 20, Berlin Zionskirche 9. April 2015.  
<http://wolfganghuber.de>)

9. Auf der Grundlage dieser Position könnte evangelische Friedensethik die militärische Gegenwehr von Menschen in der Ukraine und ihrer demokratisch gewählten Regierung gegen den Angriffskrieg der russischen Regierung als „ultima ratio“ befürworten und unterstützen. Problematisch ist an dieser Perspektive, dass enorme Finanzmittel in die Rüstung fließen mit Folgen für weltweite militärische Konflikte, wenn die Waffen weitergegeben werden. Auch der Rüstungssektor wird wirtschaftlich dauerhaft gestärkt. Zu fragen ist auch, ob durch das Konzept der „ultima ratio“ nicht nur Waffenlieferungen moralisch gedeckt sind, sondern auch die Beteiligung einzelner am Krieg und unter Umständen auch der Eintritt unseres Landes in den Krieg. Das gilt für den NATO-Bündnisfall, könnte aber auch mit dem Argument der Verteidigung westlicher Werte gegen das Böse, von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten begründet werden.
- In der Ukraine ist die Beteiligung am Krieg nicht mehr nur eine individuelle Entscheidung, weil alle Männer gezwungen werden, im Land zu bleiben und nicht ausreisen dürfen. Niemand darf zum Dienst mit der Waffe gezwungen werden. Aus dieser Perspektive wäre auch die Unterstützung der militärischen Gegenwehr der Ukraine durch wirtschaftliche Sanktionen und durch Waffenlieferungen zu akzeptieren und im Blick auf ihre Verhältnismäßigkeit zu prüfen. Vorrang haben wirtschaftliche Sanktionen, auch solche, die den Preis wirtschaftlichen Wachstums, einer Rezession kosten. Die Unterstützung der Verteidigung von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten ist hier der höhere Wert. Die Eskalation von russischen Kriegshandlungen, die mögliche Ausweitung des Krieges auf andere Länder und die Verhinderung des Einsatzes von Atomwaffen markieren die Grenzen für die militärische Unterstützung der Ukraine. Sie schließen eine direkte militärische Intervention, sofern diese nicht von den Vereinten Nationen beschlossen und gesteuert wird, und bestimmte Waffenlieferungen aus. Auch aus dieser Perspektive muss die massive Ausweitung militärischer Ausrüstung der Bundeswehr und die Ausweitung der Verteidigungsausgaben kritisch beurteilt werden. Konventionelle Rüstung kann angesichts der möglichen Eskalation mit Atomwaffen das Ziel der Abschreckung nicht erreichen. Das Konzept des gerechten Friedens verbindet militärisches, politisches, zivilgesellschaftliches Handeln, Bildungs- und Entwicklungsarbeit. Das wird durch die einseitige Investition in den Verteidigungshaushalt nicht erreicht. Zugleich werden aber dadurch und durch die massive Förderung der Rüstungsproduktion für den Ukrainekrieg ein Industriezweig enorm gestärkt und Weichenstellungen für eine Politik zukünftiger militärischer Konfliktlösungen weltweit vorgenommen.

### **III. Friedenslogische Alternative: der absolute Vorrang gewaltfreier Konfliktlösung**

10. Die von der Friedenslogik bestimmte Position evangelischer Friedensethik optiert auch in der aktuellen Kriegssituation präferentiell für gewaltfreies Handeln. Sie spricht den Menschen in der Ukraine das Recht zur Selbstverteidigung nicht ab, sondern betrachtet es als Entscheidung, welche die BürgerInnen und die Regierung vor Ort zu treffen haben. Im Blick auf die Unterstützung vertritt sie jedoch den absoluten Vorrang von Mitteln des gewaltfreien Widerstands. Es geht dann vorrangig darum, humanitäre Hilfe für Geflüchtete und für die im Land Vertriebenen und in Not geratenen Menschen zu leisten, Flüchtlinge aufzunehmen, Transporte von Nahrungsmitteln und lebensnotwendigen Gütern, Medikamenten etc. zu realisieren. Der Widerstand durch gewaltfreie Aktionen in der Ukraine und durch Proteste an möglichst vielen Orten weltweit soll öffentlich den Druck für diplomatische Lösungen

erhöhen. Die Politik der wirtschaftlichen Sanktionen mit erheblichen Kosten, wie zB. den Stop von Rohstoffimporten, wird stark gemacht und internationale Bemühungen um diplomatische Lösungen gefordert und unterstützt. Diese Position wurde in der Öffentlichkeit stark angegriffen. Der Friedensbeauftragte der EKD, Bischof Kramer, wurde z. B. im Wochenmagazin Der Spiegel von Sascha Lobo als „Lumpenpazifist“ diffamiert. Die Versachlichung der Debatte ist dringend nötig. Dazu gehört dann auch die Diskussion darüber, wie effektiv friedenslogisches Handeln angesichts der massiven Eskalation in der Ukraine sein kann. Im Mittelpunkt der Diskussion muss für uns die Frage stehen: Was ist in Sachen Friedensethik die Aufgabe der Kirche?

#### **IV. Die Option für Gewaltfreiheit als Aufgabe der Kirche Jesu Christi**

11. Wie kann und soll sich nun die evangelische Kirche, wie können sich Christenmenschen friedensethisch im Ukrainekonflikt positionieren? Es macht keinen Sinn nun den „Verantwortungspazifismus“ und den von der konsequenten Gewaltfreiheit ausgehenden friedenslogischen Pazifismus gegeneinander auszuspielen oder gar das Scheitern des christlichen Pazifismus zu verkünden. Auf die Friedensdenkschrift der EKD kann man sich dabei jedenfalls nicht berufen. Notwendig erscheint es vielmehr, dass sich die evangelische Kirche und die einzelnen Christen auf die primären Aufgaben der Kirche gegenüber den Not leidenden Menschen besinnen. Die Aufgabe der Kirche Jesu Christi ist es nicht, Waffenlieferungen gut zu heißen oder den Krieg, auch nicht den Verteidigungskrieg. Auch die Rede von der Verteidigung westlicher Werte in der Ukraine ist fragwürdig. Mit Recht sagt die EKD-Ratsvorsitzende, dass dabei „eine geschichtstheologische Überhöhung des Krieges nicht fern“ sei ([evangelisch.de](http://evangelisch.de) epd 07.06.2022). Aufgabe der Kirche und der Christen ist primär die Hilfe für die „unter die Räuber Gefallenen“: Flüchtlinge aufnehmen, für Nahrung, Kleidung, medizinische Hilfe sorgen, den traumatisierten Menschen zur Seite stehen, Wirtschaftssanktionen unterstützen, die Konsequenzen aushalten und abfedern. Als evangelische Kirche beten wir für den Frieden und das Ende der Gewalt, wir protestieren öffentlich gegen den Ukrainekrieg als Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wir unterstützen die Menschen, die Widerstand leisten, durch humanitäre Hilfe. Wir engagieren uns für die Stärkung der Gewissen der Verantwortungsträger in Politik, Wirtschaft, Militär und Verwaltung, damit sie zu verantwortlichen Entscheidungen kommen. Wir engagieren uns für die Stärkung gewaltfreien Handelns in der Zivilgesellschaft, für die Friedensbildung und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit für den Frieden. Dabei gilt es, auch über den Tag hinaus zu denken und sich auf die Zeit nach dem Krieg vorzubereiten. Aufgabe der Kirche ist dann die Versöhnungsarbeit, gerade auch mit Russland. Es gilt die Potentiale und Werkzeuge gewaltfreier, nicht militärischer Konfliktlösung auf allen Ebenen zu stärken. Es gilt sich einzusetzen für Prävention als nachhaltigster Form der Friedenssicherung und politisch entsprechende Investitionen auf den Weg zu bringen statt weiterhin massiv in den militärischen Bereich zu investieren. Genau das ist der Kern des Konzepts „Sicherheit neu denken“. Es gilt den Zusammenhang von Frieden und nachhaltiger Entwicklung zu würdigen und die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen voran zu bringen. Alles dies wird in dem Diskussionspapier der Badischen Landeskirche „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“ und auch in der Kundgebung der EKD-Synode von 2013 benannt. Die Forderungen dieser Papiere sind keineswegs überholt. Es steht uns als Kirche wohl an, an diesen Zielen zu arbeiten und vor allen Menschen Zeugnis abzulegen für das Ende der militärischen Gewalt und für Gewaltfreiheit als Ziel des menschlichen Zusammenlebens und des politischen Handelns